



Einstellung zur Organ- und Gewebespende - Erste Ergebnisse der aktuellen BZgA-Repräsentativbefragung

Einstellung zur Organ- und Gewebespende - Erste Ergebnisse der aktuellen BZgA-Repräsentativbefragung
Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat heute ihre aktuelle Umfrage "Einstellung, Wissen und Verhalten der Allgemeinbevölkerung zur Organ- und Gewebespende in Deutschland" veröffentlicht. Dazu erklärt Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe: "Nahezu zwei Drittel der Menschen in Deutschland sagen, dass sie zu einer Organspende grundsätzlich bereit sind. Trotzdem stirbt alle 8 Stunden ein Mensch, weil kein passendes Organ zur Verfügung steht. Denn viele halten weder ihren Willen schriftlich fest, noch teilen sie ihre Entscheidung ihren Angehörigen mit. Deshalb ist der Organspendeausweis so wichtig. Jeder sollte sich informieren, bewusst entscheiden und mit der eigenen Familie darüber sprechen. Denn diese Entscheidung kann Leben retten." Dr. Heidrun Thaiss, Leiterin der BZgA, betont: "Jeder Dritte in Deutschland hat seine Entscheidung zur Organ- und Gewebespende in einem Organspendeausweis festgehalten. Das muss uns Ansporn sein, Bürgerinnen und Bürger weiterhin gut zu informieren und sie damit zu unterstützen, ihre persönliche Entscheidung zur Organ- und Gewebespende zu treffen, diese mit ihren Angehörigen zu besprechen und sie dann auch zu dokumentieren." Die aktuelle Befragung zeigt eine weitgehende Akzeptanz und eine noch höhere Bereitschaft zur Organ- und Gewebespende als in den vergangenen Jahren. 80 Prozent der Befragten stehen einer Organ- und Gewebespende positiv gegenüber, 71 Prozent der Befragten sind grundsätzlich damit einverstanden, dass man Ihnen nach ihrem Tod Organe und Gewebe entnimmt. 2013 waren es 68 Prozent. Auf die Frage nach den Motiven für eine Organ- und Gewebespende sagen 64 Prozent aller Befragten, dass sie anderen Menschen helfen wollen. Für 45 Prozent ist die Entlastung ihrer Angehörigen eine wichtige Spendenmotivation. 12 Prozent der Befragten lehnen eine Organ- und Gewebespende ab, weil sie den Missbrauch durch Organhandel fürchten und 9 Prozent aus Angst, dass medizinisch nicht mehr alles für sie getan würde, wenn ein Organspendeausweis vorliege. Seit 2012 steigt in Deutschland die Zahl der Personen, die einen Organspendeausweis ausgefüllt haben: Hatten 2012 lediglich 22 Prozent ihre Entscheidung zur Organ- und Gewebespende in einem Ausweis dokumentiert, waren es 2013 schon 28 Prozent. Dieser Trend setzt sich in 2014 fort - inzwischen besitzen 35 Prozent der Befragten einen Organspendeausweis. Die große Mehrheit (86 Prozent), die einen Organspendeausweis ausgefüllt hat, stimmt einer Organ- und Gewebespende zu. 7 Prozent benennen eine andere Person, die im Todesfall über eine Organ- und Gewebespende entscheiden soll. Lediglich 4 Prozent dokumentieren ihren Widerspruch im Organspendeausweis. Die Ergebnisse zeigen ebenfalls, dass bereits 46 Prozent aller Befragten ihren Angehörigen ihre persönliche Entscheidung zur Organ- und Gewebespende mitgeteilt haben. Das Transplantationsgesetz schreibt vor, dass Krankenkassen und Krankenversicherungsunternehmen ihre Versicherten alle zwei Jahre über die Organ- und Gewebespende und über den Nutzen und die Möglichkeiten des Organspendeausweises zu informieren haben. Versicherte sollen auf diesem Weg motiviert werden, ihre persönliche Entscheidung zur Organ- und Gewebespende im Organspendeausweis zu dokumentieren. Zum Zeitpunkt der BZgA-Umfrage erinnern sich 43 Prozent der Befragten, dass sie das Informationsschreiben ihrer Krankenkasse oder ihres Krankenversicherungsunternehmens mit einem beigefügten Organspendeausweis erhalten haben. Information und Aufklärung sind weiterhin in großem Umfang nötig. Denn mehr als die Hälfte der Befragten (57 Prozent) fühlt sich zum Thema Organ- und Gewebespende weniger gut bis schlecht informiert. Die BZgA hält deshalb ein breites Informationsangebot unter www.organspende-info.de bereit. Zudem setzen das Bundesministerium für Gesundheit und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Herbst 2015 die gemeinsame Informationskampagne fort. Sie steht unter dem Motto "Mein Ausweis - meine Entscheidung! Nachdenken. Darüber reden. Entscheiden." Die bundesweite Repräsentativbefragung "Einstellung, Wissen und Verhalten der Allgemeinbevölkerung zur Organ- und Gewebespende 2014" der BZgA wurde von Juli bis September 2014 unter 4.002 Bürgerinnen und Bürgern im Alter von 14 bis 75 Jahren durchgeführt. Ein Informationsblatt mit ausgewählten Studienergebnissen steht zum Download unter <http://www.bzga.de/presse/daten-und-fakten/> Kontakt: Dr. Marita Völker-Albert, Pressesprecherin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
Maarweg 149-161 50825 Köln
Tel. 0221-8992280
Fax: 0221-8992201
E-Mail: marita.voelker-albert@bzga.de
<http://www.bzga.de>
RSS-Feed: <http://www.bzga.de/rss-presse.php>
Twitter: http://www.twitter.com/bzga_de

Pressekontakt

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZGA)

51109 Köln

marita.voelker-albert@bzga.de

Firmenkontakt

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZGA)

51109 Köln

marita.voelker-albert@bzga.de

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ist seit 1967 zum gesundheitlichen Wohle der Bürgerinnen und Bürger tätig. In dieser Zeit haben sich die Themen der gesundheitlichen Aufklärung erweitert, ihre Methoden geändert, und neue Aufgaben sind hinzugekommen. Gleichzeitig sind auch die Anforderungen an eine erfolgreiche Gesundheitsförderung gestiegen. Diesen Veränderungen haben wir Rechnung getragen und auf der Grundlage unseres Gründungsauftrags aus dem Jahre 1967 eine Neubestimmung vorgenommen. In diesem Sinne räumen wir in Zukunft der Erarbeitung von wissenschaftlichen Grundlagen und von Qualitätssicherungsverfahren noch mehr Raum ein. Durch nationale und internationale Kooperation fördern wir verstärkt ein arbeitsteiliges Vorgehen, denn erst durch die konsequente Nutzung der Stärken vieler Partner können Synergieeffekte entstehen. Mittelfristig streben wir den Aufbau als Clearingstelle an, damit Aktivitäten und Ressourcen auf zentrale Gesundheitsprobleme konzentriert und die Effektivität und Effizienz der gesundheitlichen Aufklärung gestärkt werden. Unsere Aufklärungsmaßnahmen konzentrieren wir auf ausgewählte Teile der Bevölkerung. In der nächsten Zeit ist dies vor allem die Zielgruppe "Kinder und Jugendliche". Unsere Kompetenz sehen wir in der Entwicklung, Umsetzung und wissenschaftlichen Überprüfung von Aufklärungsstrategien zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Dazu bedarf es auch der Beteiligung zentraler Kooperationspartner. Gleichzeitig wollen wir mehr als bisher Bürgerinnen und Bürger über aktuelle gesundheitliche Themen von

bundesweiter Bedeutung informieren. Unverändert wichtig bleibt die langfristige Umsetzung der gesetzlichen und bundespolitischen Aufträge in der Sucht- und Aids-Prävention wie auch in der Sexualaufklärung und Familienplanung.